

Gesundheitswesen in der Praxis

Praxishandbuch Pflegerecht

Bearbeitet von
Von: Thorsten Müller, und Jan P. Schabbeck

1. Auflage 2018. Buch. Rund 300 S. Softcover
ISBN 978 3 86216 461 5

Recht > Öffentliches Recht > Medizinrecht, Gesundheitsrecht > Berufsrecht,
Praxisführung, Gebührenrecht der Heil- und Pflegeberufe

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	V
I Arbeitsrecht für Pflegefachpersonen	1
1 Einführung	1
2 Entstehung des Arbeitsverhältnisses	1
3 Nachweisgesetz oder wie bekomme ich mein Arbeitsverhältnis aufs Papier?	2
4 Der Weg zum Arbeitsverhältnis	2
4.1 Bewerbung	3
4.2 Vorstellungsgespräch	3
4.2.1 Kosten	3
4.2.2 Fragen im Vorstellungsgespräch	3
5 Arbeitsverträge	5
5.1 Urlaub	5
5.1.1 Verfallsklauseln	6
5.1.2 Weihnachtsgeld/Gratifikation/Zielvereinbarung	6
5.2 Stellenbeschreibung/Tätigkeitsbeschreibung/Tätigkeitskataloge	8
5.3 Haftung bei Nichtantreten des Arbeitsverhältnisses ...	8
5.4 Nebentätigkeiten	9
6 Befristung	10
6.1 Befristung ohne Sachgrund auf Zeit	10
6.2 Befristung mit Sachgrund	12
6.2.1 Vorübergehender betrieblicher Bedarf	12
6.2.2 Die Vertretung eines anderen Arbeitnehmers .	12
6.3 Folgen bei Fehlern bei der Befristung	13
7 Direktionsrecht des Arbeitgebers	14
7.1 Grundlagen des Direktionsrechts	14
7.2 Einschränkung des Direktionsrechts	15
7.2.1 Billiges Ermessen	15
7.2.2 Gesetzliches Verbot	15
7.2.3 Interessensausgleich zwischen den Parteien ...	16
7.2.4 Arbeitsplatz im Unternehmen (Stationswechsel)	17

Inhaltsverzeichnis

	7.2.5	Zusätzliche Aufgaben (Delegation ärztlicher Leistungen)	17
	7.2.6	Nur Arbeiten, die zum Berufsbild gehören	17
	7.2.7	Gewissensentscheidungen	18
	7.3	Gegenwehr bei rechtswidrigen Anweisungen des Arbeitgebers	18
	7.4	Änderungskündigung	19
8		Schweigepflicht (speziell im Arbeitsverhältnis)	20
9		Nicht arbeitende Arbeitnehmer	21
	9.1	Krankheit	21
	9.1.1	Arbeitsunfähigkeit/Krankheit/Entgeltfortzahlung	22
	9.1.2	Zweifel an der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	23
	9.1.3	Detektive	24
	9.1.4	Die Untersuchung nach § 275 Abs. 1 Nr. 3 SGB V	24
	9.1.5	Reaktion des Arbeitgebers bei erschütterter Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	25
	9.2	Wegfall des Entgeltfortzahlungsanspruchs bei Verschulden	26
	9.3	Krankheit im Urlaub	27
	9.4	„Dieselbe Krankheit“	27
	9.4.1	Missbrauch von Krankmeldungen	28
	9.4.2	Sechs-Monats-Frist	28
	9.4.3	Zweifelsfälle	29
	9.5	Ersatz von Entgeltfortzahlungskosten (Ansprüche des Arbeitgebers)	30
	9.6	Wegfall des Entgeltfortzahlungsanspruches	30
	9.7	Höhe des Entgeltfortzahlungsanspruches	31
	9.8	Zulagen	32
	9.9	Weitere Ausnahmefälle von der Verpflichtung zur Arbeitsleistung	32
	9.9.1	§ 616 BGB und ähnliche: persönliche Verhinderung an der Arbeitsleistung in vorübergehender Form	32
	9.9.1.1	Besondere Regelungen im Tarifvertrag oder Arbeitsvertrag	33
	9.9.1.2	Ohne Verschulden und kurzzeitig	33
	9.9.1.3	Fallgruppen des § 616 BGB	33
	9.9.1.3.1	Pflege naher Angehöriger	33
	9.9.1.4	Ehrenamt	35
	9.9.1.5	Arztbesuch	36

	9.9.1.6	Ladungen zur Gerichten/Zeugenein- vernahmen.	36
	9.9.1.7	Sonstige Tatbestände, insbesondere familiäre Ereignisse.	37
10		Urlaub	37
	10.1	Anzahl der Urlaubstage	37
	10.2	Unterjähriger Urlaub	38
	10.3	Zweck des Urlaubs/Missbrauch	38
	10.4	Verfall von Urlaub.	39
	10.5	Urlaubsgewährung – wann?	39
	10.6	Widerruf von Urlaub	40
	10.7	Lohnzahlung im Urlaub	41
	10.8	Sonstiger Urlaub	42
11		Schwangerschaft/Mutterschaft	42
	11.1	Information des Arbeitgebers.	42
	11.2	Kündigungsschutz bei Schwangerschaft	42
	11.3	Beschäftigung während der Schwangerschaft.	43
	11.4	Änderung des Einsatzes der Schwangeren	44
	11.5	Belastung des Arbeitgebers.	44
	11.6	Sonstige Einschränkungen	44
12		Teilzeit	45
	12.1	Information über freie Stellen	45
	12.2	Antrag auf Teilzeit.	45
	12.3	Verlängerung der Arbeitszeit	47
	12.4	Geplante Änderungen zum 1.1.2019	48
	12.4.1	Brückenteilzeit	48
	12.4.2	Erhöhung der Schwellen für die Ablehnung des Antrags auf Verlängerung der Arbeitszeit.	49
13		Geringfügige Beschäftigung (450-Euro-Job)	49
	13.1	Status des Minijobs	49
	13.2	Haftung	49
	13.3	Berechnung Einkommen/Schwankungen.	50
	13.4	Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale	51
14		Mindestlohn in der Pflege	51
15		Arbeitszeiten und Pausenzeiten	52
	15.1	Beginn und Ende der Arbeitszeit.	53
	15.2	Arbeitszeit, Ruf- und Bereitschaftsdienst	54
	15.2.1	Abgrenzung Rufbereitschaft/Bereitschafts- dienst.	54
	15.2.2	Vergütung von Bereitschaftsdienst und Ruf- bereitschaft.	55
	15.3	Reisezeiten zu Fort- und Weiterbildungen	56
	15.4	Maximale Arbeitszeiten	56
	15.5	Pausen	57

Inhaltsverzeichnis

15.6	Ruhezeiten	57
15.7	Nacht- und Schichtarbeit	57
15.8	Verstöße gegen Arbeitszeitregelungen	58
15.9	„Holen aus dem Frei“	58
16	Beschäftigung und Arbeitszeiten Jugendliche	59
17	Weiter- und Fortbildung	59
17.1	Rückzahlung von Weiter-, Aus- und Fortbildungskosten	60
17.1.1	Art der Ausbildung	61
17.1.2	Vorteil für Arbeitnehmer	61
17.1.3	Ordnungsgemäße Vereinbarung	61
17.1.4	Bindung greift nur bei Grund der Kündigung beim Arbeitnehmer	63
17.2	Weiterbildungsordnungen	63
17.2.1	Aufgabe der Landespflegekammer am Beispiel Rheinland-Pfalz	64
17.2.2	Fort- und Weiterbildung in den Versorgungs- verträgen ambulante Pflege	65
17.2.3	Fort- und Weiterbildung in den Versorgungs- verträgen stationäre Pflege	66
17.2.4	Fort- und Weiterbildung in den Versorgungs- verträgen Krankenhaus	67
17.2.5	Freiwillige Registrierung für Pflegekräfte	67
18	Schutzpflichten des Arbeitgebers	68
18.1	Arbeitssicherheit	69
18.2	Arbeitsmedizinische Vorsorge	69
18.2.1	Pflichtvorsorge	69
18.2.2	Angebotsvorsorge	70
18.2.3	Wunschvorsorge	70
18.2.4	Sind Eignungsuntersuchungen zulässig?	72
18.2.5	Kann der Arbeitgeber Impfungen vorschreiben?	72
18.2.6	Betriebsärztliche Untersuchungen und das Arbeitszeitgesetz (ArbZG)	72
18.2.7	Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz	73
18.2.7.1	Biostoffverordnung – BioStoffV	73
18.2.7.2	Lastenhandhabungsverordnung (LasthandhabV)	75
18.2.7.3	Gefahrstoffverordnung (GefStoffV)	75
18.3	Mutterschutzgesetz/Mutterschutzverordnung	88
18.4	Unfallverhütung	89
18.5	Meldung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten	92
18.6	Übergriffe durch Patienten	95

18.7	Übergriffe durch Kollegen	96
	18.7.1 Mobbing	96
	18.7.2 Sexuelle Übergriffe durch Patienten	97
	18.7.3 Sexuelle Übergriffe durch Kollegen	100
18.8	Möglichkeiten des betroffenen Arbeitnehmers	101
18.9	Reaktion des Arbeitgebers	101
18.10	Nicht ausreichende Reaktion des Arbeitgebers	102
19	Missstände	102
	19.1 Überlastungsanzeige	103
	19.2 Whistleblower	105
20	Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses	106
	20.1 Die Kündigung durch den Arbeitgeber	107
	20.2 Mythen um die Kündigung des Arbeitgebers	107
	20.3 Grundsatz Kündigung des Arbeitsverhältnisses	107
	20.4 Formelle Voraussetzungen der Kündigung und Zugang	108
	20.5 Vorliegen von Kündigungsschutzgründen	109
	20.6 Kündigungsschutzgesetz	110
	20.6.1 Anwendbarkeit Kündigungsschutzgesetz	110
	20.6.1.1 Mehr als zehn Mitarbeiter	110
	20.6.1.2 Zweigstellen	111
	20.6.1.3 Alte Arbeitsverhältnisse	112
	20.7 Die Kündigungsgründe des KSchG	112
	20.7.1 Personenbedingte Kündigung	113
	20.7.1.1 Krankheit	114
	20.7.1.2 Erhebliche Fehlzeiten	114
	20.7.1.3 Negative Prognose speziell bei Krankheit	114
	20.7.1.4 Sucht/Alkohol	115
	20.7.1.5 Leistungsminderung	116
	20.7.1.6 Sonstige Gründe	116
	20.7.1.7 Bezug auf Arbeitsverhältnis	116
	20.7.1.8 Einzelfälle	117
	20.7.1.9 Erhebliche Beeinträchtigung betrieblicher oder wirtschaftlicher Interessen	117
	20.7.2 Keine milderer Maßnahmen – Umsetzung im Betrieb	118
	20.7.3 Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)	120
20.8	Verhaltensbedingte Kündigung	120
	20.8.1 Verhalten des Arbeitnehmers	121
	20.8.2 Vorsatz (Wissen, dass man etwas Falsches tut)	122
	20.8.3 Abmahnung	122
	20.8.4 Beharrliches Verweigern	123

Inhaltsverzeichnis

20.8.5	Schwere Verletzung der Pflichten	123
20.8.6	Richtige Abmahnung	124
20.8.6.1	Notwendiger Inhalt der Abmahnung	124
20.8.6.2	Persönliches Gespräch statt Abmahnung – oder muss die Abmahnung schriftlich sein?	124
20.8.6.3	Wie lange habe ich für die Abmahnung Zeit?	125
20.8.6.4	Viel hilft viel?	125
20.8.6.5	Drei Abmahnungen und du musst gehen?	126
20.8.7	Interessenabwägung bei Kündigung	127
20.8.8	Verhältnis Abmahnung – Kündigung – Verbrauch des Grundes	127
20.9	Außerordentliche Kündigung	128
20.9.1	Form der fristlosen außerordentlichen Kündigung/Frist	128
20.9.2	Wichtige Gründe	129
20.9.2.1	Tätlichkeiten	129
20.9.2.2	Beleidigungen	129
20.9.2.3	Selbstbeurlaubung/Arbeitsverweigerung/Schlechtarbeit	129
20.9.2.4	Geschäftsschädigendes Verhalten	130
20.9.2.5	Verstöße gegen das Vermögen – Diebstahl, Betrug	130
20.9.2.6	Telefon/Internetnutzung	131
20.9.2.7	Vollbeweis für die Kündigungsgründe	132
20.9.3	Kein Beweis – aber Verdachtskündigung	132
20.9.3.1	Nur bei schwerem Vorwurf	132
20.9.3.2	Alle Ermittlungsoptionen ausgeschöpft	133
20.9.3.3	Anhörung	133
20.9.3.4	Zusammenfassung Verdachtskündigung	134
20.10	Betriebsbedingte Kündigung	134
20.10.1	Unternehmerische Entscheidung	135
20.10.2	Mildere Mittel: z. B. Abbau von Mehrarbeit/Umgestaltung der Arbeit	136
20.10.2.1	Vergleichsgruppen	136
20.10.2.2	Qualifikation des betroffenen Arbeitnehmers	137
20.10.3	Sozialauswahl	137
20.10.3.1	Sozialkriterien	137

	20.10.3.2 Besondere Interessen des Arbeitgebers	138
	20.10.4 Praxishinweise betriebsbedingte Kündigung . .	139
	20.11 Schwangerschaft	140
	20.12 Schwerbehinderung und Gleichstellung mit der Schwerbehinderung.	140
	20.13 Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes oder des internen Datenschutzbeauftragten	141
	20.14 Anhörung Betriebsrat, Mitarbeitervertretung oder Personalrat	142
	20.15 Kündigungsschutz aus Tarifvertrag.	142
	20.16 Druckkündigung	143
	20.17 Änderungskündigung	144
	20.18 Wenn es zur Kündigung kommt: Der Kündigungsschutzprozess	144
	20.18.1 Formelle Aspekte	144
	20.18.2 Ablauf	145
21	Tendenzbetrieb – die Arbeit für Kirche und Wohlfahrtsverbände	149
	21.1 Die Tätigkeit im Tendenzbetrieb/in der Kirche	149
	21.2 Konfessioneller oder karitativer Tendenzbetrieb	149
	21.3 Einschränkungen betriebsverfassungsrechtlicher Art . .	150
	21.3 Besondere Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses	150
II	Haftung	153
1	Unterschied zwischen Zivil- und Strafrecht.	153
2	Was ist ein Behandlungsfehler?	154
	2.1 Standards	154
	2.2 Zeitpunkt	154
	2.3 Konkrete Situation	155
3	Beispiele für Standardabweichungen	155
	3.1 Pflegefehler.	155
	3.1.1 Expertenstands in Pflegediensten und -heimen im SGB XI.	157
	3.1.2 Expertenstandards und der MDK	158
4	Unterschiede zwischen Straf- und Zivilrecht.	161
	4.1 Individuelle Umstände	161
	4.1.1 Übernahmeverschulden	161
	4.1.2 Berufserfahrung, besonders hohe Qualifikation	163
	4.2 Beweiserleichterung.	163
	4.2.1 Was ist Beweiserleichterung?	163
	4.2.2 Gruppen der Beweiserleichterung	164
	4.2.3 Voll beherrschbares Risiko	164
	4.2.3.1 Dekubitus	165

Inhaltsverzeichnis

	4.2.3.2	Stürze	165
	4.2.3.3	Sonstige Fallgruppen	167
	4.2.4	Mangelnde Befähigung des eingesetzten Mitarbeiters	167
	4.2.5	Grober Fehler	168
	4.2.6	Beweislastumkehr bei Dokumentationsmängeln	169
	4.2.7	Aufklärung	170
	4.2.8	Befunderhebungsfehler	170
	4.2.9	Kombination von Beweiserleichterungen	171
5		Gemeinsame Begriffe Straf- und Zivilrecht	172
	5.1	Gemeinsames Tun	172
	5.2	Garantenpflicht	172
6		Folgen der Haftung	174
	6.1	Strafrecht	174
	6.1.1	Einstellung, Strafbefehl oder Hauptverhandlung	174
	6.1.2	Strafen im Strafverfahren	175
		6.1.2.1 Geldstrafe	176
		6.1.2.2 Freiheitsstrafe und Bewährung	176
		6.1.2.3 Beispiele für strafrechtliche Verurteilung	177
		6.1.2.4 Auflagen	177
	6.1.3	„Mittäter“	178
	6.2	Zivilrechtliche Ansprüche	178
	6.2.1	Schmerzensgeld	178
	6.2.2	Erwerbsausfall	179
	6.2.3	Haushaltsführungsschaden	179
	6.2.4	Behandlungskosten	180
	6.2.5	Unterhaltsschaden	180
	6.2.6	Hinterbliebenengeld	181
	6.2.7	Pflegeschieden	181
	6.2.8	Sonstiger materieller Schaden	181
	6.2.9	Gesetzlicher Forderungsübergang	181
	6.2.10	Beispiele aus der Rechtsprechung	181
		6.2.10.1 Sturz aus dem Toilettensstuhl	181
		6.2.10.2 Sturz nur mögliche Schadensursache	183
		6.2.10.3 Weglauftendenzen	184
		6.2.10.4 Arzt zu spät hinzugerufen	185
	6.3	Arbeitnehmerhaftung	186
	6.3.1	Grundsatz – der Arbeitgeber haftet	186
	6.3.2	Ausnahme: (Mit-)Haftung des Arbeitnehmers	187
7		Einwilligungsfähigkeit und deren Ausfall	188
	7.1	Einwilligungsfähigkeit	189

7.2	Jugendliche Patienten	189
7.3	Einwilligungsunfähige erwachsene Patienten	191
7.4	Verfahren beim nichteinwilligungsfähigen Patienten . .	192
7.4.1	Patientenverfügung	192
7.4.1.1	Form der Patientenverfügung	192
7.4.1.2	Inhalt der Patientenverfügung	193
7.4.1.3	Wirkung der Patientenverfügung	194
7.4.2	Mutmaßlicher Wille	194
7.4.3	Betreuer und Bevollmächtigter	194
7.5	Funktion des Vertreters und des Betreuers	195
7.5.1	In puncto ärztlicher Behandlung	195
7.5.1.1	Prüfung der Patientenverfügung/ Ermittlung des mutmaßlichen Wil- lens	196
7.5.1.2	Einholung gerichtlicher Genehmi- gung	197
7.5.2	In puncto sonstiger Vertretung	198
7.5.3	Kontrolle des Betreuers und Bevollmächtigten	198
7.6	Gefahr im Verzug	198
7.7	Zentrales Vorsorgeregister	199
7.7.1	Sonderfälle des Patientenwillens	199
7.7.1.1	Sittenwidrige Patientenverfügung, insbesondere Sterbehilfe	199
7.7.1.2	Tödliche Dosis Medikamente	200
7.7.1.3	„Unvernünftiger“ Willen des Patien- ten, Verweigerung der Bluttrans- fusion	200
7.7.1.4	Suizid	201
8	Art und Weise der Aufklärung	202
8.1	Inhalt	202
8.2	Gespräch	202
8.3	Aufklärung durch den Behandler	203
8.4	Patient will nicht aufgeklärt werden oder ist informiert	203
9	Vorgehen bei Pflegefehlervorwurf	204
9.1	Eingehen auf Beschwerden	204
9.2	Strafverfahren	205
9.3	Einholung von Gutachten	205
9.3.1	Gutachten des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen	206
9.3.2	Schlichtungsausschuss bei der Pflegekammer	206
9.3.3	Privatgutachten	206
9.4	Einschalten der Haftpflichtversicherung	207
9.5	Gerichtsverfahren	207
9.6	Sachverständigenauswahl	208

III	Die einzelnen Straftatbestände	209
1	Körperverletzung	209
1.1	Vorsatz und Fahrlässigkeit	209
1.2	Wann liegt eine Körperverletzung vor?	210
1.3	Einwilligung	210
1.4	Grenzen der Einwilligung	211
1.5	Körperverletzung bei Behandlungsfehler	211
1.6	Rechtfertigung: Notwehr/Nothilfe	211
2	Freiheitsentziehende Maßnahmen	212
2.1	Einführung	212
2.2	Freiheitsberaubende Maßnahmen	212
2.3	Konflikt zwischen Freiheit und Gefahr	213
2.3.1	Garantenpflicht oder Übernahmeverschulden	213
2.3.2	Schutz Dritter vor dem Patienten	214
2.3.3	Gefahr gegen sich selbst	214
2.3.3.1	Einwilligungsfähiger Patient	214
2.3.3.2	Nicht einwilligungsfähige Patienten	215
2.3.3.2.1	Überraschend notwendige Maßnahme	215
2.3.3.2.2	Maßnahme länger als 24 Stunden	216
2.3.4	Verfahrenspflegschaft	217
2.3.4.1	Verfahrenspfleger nach dem Werdenser Weg	218
2.4	Sturzrisiko	219
2.4.1	Notwendigkeit von Fixierungsmaßnahmen bei Sturzrisiko	219
2.4.2	Umsetzen von Fixierungsmaßnahmen bei Sturzrisiko	220
2.5	Einzelfälle	221
2.5.1	Bettgitter	221
2.5.2	Halbseitige Seitensicherung	221
2.6	FEM in der Einrichtung als Thema der Außenwirkung und Haftung	222
2.7	Beschaffung	222
2.8	Heimrecht	222
3	§ 203 StGB Schweigepflicht und Datenschutz	223
3.1	Wer unterliegt der Schweigepflicht?	223
3.2	Was unterliegt der Schweigepflicht?	224
3.3	Schweigepflicht gegenüber Dienstleistern wie IT-Firmen, Telefondienstleistern etc.	225
3.4	Schweigepflicht gegenüber Angehörigen und Polizei/ Ermittlungsbehörden	226
3.5	Schweigepflicht gegenüber Krankenkassen/Pflegekasse – gesetzliche Ausnahmen	226

3.6	Entbindung von der Schweigepflicht	227
3.7	Schweigepflicht und Honorarprozess	227
3.8	Schweigepflicht gegenüber Mitbehandlern	228
3.9	Weitere Durchbrechungen der Schweigepflicht	228
3.10	Schweigerecht – Aussage vor Gericht	228
3.11	Verstoß ausnahmsweise: Keine Bindung an die Schweigepflicht	228
3.11.1	Ansteckende Krankheit – HIV	229
3.11.2	Kindesmisshandlung	229
3.11.3	Teilnahme am Straßenverkehr	230
3.11.4	Pflicht zur Weitergabe von Informationen	230
3.11.5	Zusammenfassung Schweigepflicht	231
3.12	Formelle Aspekte des Datenschutzes, die Datenschutz- Grundverordnung	231
3.12.1	Umsetzung der EU-DSVGO in Deutschland	231
3.12.2	Grundprinzipien	231
3.12.3	Maßnahmen zur Umsetzung der Prinzipien	232
3.12.3.1	Datenschutzbeauftragter	232
3.12.3.2	Sicherheitskonzept	234
3.12.3.3	Verzeichnis von Verarbeitungstätig- keiten	234
3.12.3.4	Datenschutz-Folgenabschätzung	235
3.12.3.5	Datenschutz-Verpflichtung von Beschäftigten	236
3.12.3.6	Information- und Auskunftspflich- ten	236
3.12.3.7	Auftragsverarbeitung	237
3.12.3.8	Verfahren bei Datenschutzverlet- zungen	237
4	Abrechnungsbetrug	238
4.1	Abrechnen nicht erbrachter oder nicht notwendiger Leistungen	238
4.2	Falsch abgerechnete Leistungen und Regresse	239
4.2.1	Streng formale Betrachtungsweise	239
4.2.2	Streng formale Betrachtungsweise auch im Strafrecht	240
4.2.3	Abrechnungsbetrug auch bei privaten Leistun- gen	241
4.2.4	Anwendungsfälle der streng formalen Betrachtungsweise	241
4.2.4.1	Höchstpersönliche Leistungserbrin- gung	241
4.2.5	Falsche oder nicht ausreichende Dokumenta- tion	242

Inhaltsverzeichnis

	4.2.6	Freie Wahl des Leistungserbringers	242
	4.2.7	Grundsatz keine Empfehlung	242
	4.2.8	Empfehlung mit hinreichendem Grund	243
5		Korruption im Gesundheitswesen § 299a/b StGB	244
	5.1	Vorteil	245
	5.1.1	Zuwendung an Dritte	245
	5.1.2	Beraterverträge	245
	5.1.3	Fortbildungsveranstaltungen	245
	5.2	Verbindung Vorteil/Empfehlung	246
6		Was tun bei strafrechtlicher Verfolgung?	246
IV		Gesetz über Medizinprodukte (Medizinproduktegesetz – MPG) . .	249
	1	Zweck und Geltungsbereich	249
	2	Begriffsbestimmungen	251
	3	Abgabe und Inverkehrbringen von Medizinprodukten	253
	4	Verbote zum Schutz von Patienten, Anwendern und Dritten	255
	5	Durchführung der Überwachung der Betriebe und Einrichtungen	256
	6	Medizinprodukteberater	258
	7	Strafrecht und MPG	259
V		Arzneimittel	269
	1	Off-Label-Use	269
	2	Aufklärung und Haftung	269
	3	Abgabe von Medikamenten durch Pflegefachpersonen	270
	3.1	Nach ärztlicher Anweisung	271
	3.2	Bedarfsmedikation	272
	3.3	Abgabe von nicht verschreibungspflichtigen Medikamenten ohne ärztliche Verordnung	273
	4	Lagerung von Arzneimitteln	274
	5	Zusammenarbeit mit Apotheken	275
	6	BtMG	276
	7	FAQ – Arzneimittel	278
	7.1	Injektionsfertige Medikamente	278
	7.2	Haltbarkeit	278
	7.3	Teilen von Tabletten	278
	7.4	Zerkleinerte Tabletten	279
	7.5	Richten von Arzneimitteln auf Vorrat	280
	7.6	Zerschneiden von transdermalen Pflastern	280

VI	Abrechnung im Gesundheitswesen	281
1	Abrechnung häusliche Pflege	281
1.1	Häusliche Krankenpflege-Richtlinie (HKP)	282
1.1.1	Formen und Ziele der häuslichen Krankenpflege	284
1.1.2	Verordnung der häuslichen Krankenpflege	285
1.1.3	Besonderheiten der Verordnung der psychiatrischen Krankenpflege	286
1.1.4	Dauer der Verordnung häuslicher Krankenpflege	287
1.1.5	Genehmigung von häuslicher Krankenpflege	287
1.1.6	Zusammenarbeit mit Pflegediensten/Krankenhäusern	288
1.2	Rahmenvertrag gemäß §§ 132 und 132a SGB V zur Erbringung von häuslicher Krankenpflege und Haushaltshilfe	289
1.2.1	Vertragliche Beziehungen zum Pflegedienst	292
1.2.2	Praxis- und Betriebseinrichtung	295
1.2.3	Fachliche Anforderungen	295
1.2.4	Fort- und Weiterbildung	297
1.2.5	Verantwortliche Pflegefachperson für häusliche Krankenpflege (PDL)	298
1.2.6	Stellvertretende verantwortliche Pflegefachperson	299
1.2.7	Pflegefachpersonen	300
1.2.8	Pflegeprozess	301
1.2.9	Qualitätsprüfungen	301
1.2.10	Zusammenarbeit des Leistungserbringers mit den an der Versorgung Beteiligten	302
1.2.11	Wirtschaftlichkeitsprüfung	303
1.2.12	Buchführung und Rechnungswesen	303
1.3	Abrechnungsbetrug	306
1.4	Rezepte einsammeln	308
2	Abrechnung in der stationären Pflege	308
2.1	Kostenübernahme durch das Sozialamt	310
2.2	Unterhaltspflicht der Kinder gegenüber pflegebedürftigen Eltern	313
2.3	Heimgesetz	314
2.3.1	Heimbeirat	315
2.3.2	Anforderungen an ein Heim	315
2.4	Heimarzt	322
2.5	Medikamentenversorgung	322
2.5.1	Verblistering in der Apotheke	323
3	Pflegebuchführungsverordnung (PBV)	324

Inhaltsverzeichnis

4	Abrechnungen im Krankenhaus	327
4.1	Duale Finanzierung.	327
4.2	Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG)	330
4.2.1	Das Budget des Krankenhauses	331
4.2.1.1	Neueinstellung oder Aufstockung vorhandener Teilzeitstellen von examinieren Pflegefachpersonen . . .	333
4.2.1.2	Personalmehrbedarf in der Hygiene.	335
4.2.1.3	Wahlleistungen	336
4.2.1.4	Belegärzte.	337
4.3	Pflegekomplexmaßnahmen-Score (PKMS)	337
4.4	Zusatzentgelt für Pflegebedürftigkeit.	341
5	Entgeltsystem Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosoma- tik (PEPP)	342
6	Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	342
VII	Kooperationen.	351
1	Einführung	351
2	Entlassmanagement im Krankenhaus	351
2.1	Versorgungsmanagement nach § 11 Abs. 4 SGB V	355
2.2	Entlassmanagement § 39 Abs. 1a SGB V	356
2.2.1	Rahmenvertrag.	357
2.3	Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses zum Entlassungsmanagement	359
2.3.1	Verordnung von Hilfsmitteln im Rahmen des Entlassungsmanagements.	359
2.3.2	Verordnung von Arzneimitteln im Rahmen des Entlassungsmanagements.	360
2.3.3	Verordnung von Soziotherapie im Rahmen des Entlassungsmanagements.	361
2.3.4	Verordnung von Heilmitteln im Rahmen des Entlassungsmanagements.	361
2.3.5	Verordnung von Häuslicher Krankenpflege im Rahmen des Entlassungsmanagements.	361
2.4	Feststellung von Arbeitsunfähigkeit im Rahmen des Entlassungsmanagements.	362
2.5	Haftung im Entlassungsmanagement	362
2.5.1	Integrierte Versorgung oder besondere Ver- sorgungsformen	362
3	Spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV)	366
3.1	Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Verordnung von spezialisierter ambulanter Palliativ- versorgung (Spezialisierte Ambulante Palliativversor- gungs-Richtlinie/SAPV-RL)	366

3.2	Anspruchsvoraussetzungen	367
3.3	Anforderungen an die Erkrankungen	367
3.4	Besonders aufwändige Versorgung	368
3.5	Inhalt und Umfang der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung	368
3.6	Zusammenarbeit der Leistungserbringer	370
3.7	Verordnung von SAPV	370
3.8	Prüfung der Leistungsansprüche durch die Kranken- kasse	370
3.9	Begutachtung durch den MDK	371
3.9.1	Empfehlungen des GKV-Spitzenverbandes nach § 132d Abs. 2 SGB V für die spezialisierte ambulante Palliativversorgung	371
3.9.2	Zulassung zur SAPV	371
3.9.3	Inhalt und Umfang der Leistungen	372
3.9.4	Organisatorische Voraussetzungen	373
3.9.5	Sächliche Ausstattung	374
3.9.6	Personelle Anforderungen	374
3.9.7	Qualitätssicherung	376
3.10	Empfehlungen zur Ausgestaltung der Versorgungs- konzeption der Spezialisierten ambulanten Palliativ- versorgung (SAPV) von Kindern und Jugendlichen . . .	376
3.10.1	Zielgruppen	377
3.10.2	Grundsätze des Versorgungsprozesses	377
3.10.2.1	Verordnung	378
3.10.2.2	Kontaktaufnahme	378
3.10.2.3	Beratung	378
3.10.2.4	Erstvisite	378
3.10.2.5	Ressourcenorientierte Versorgungs- planung inklusive Notfallplanung und Krisenantizipation	379
3.10.2.6	Koordination	379
3.10.2.7	Teil- und Vollversorgung inklusive Hausbesuche im Verlauf	380
3.10.2.8	Struktur der Leistungserbringer	380
3.10.2.9	Dokumentation und Qualitäts- management	381
3.10.2.10	Ausblick	381
VIII	Pflegekammern	383
1	Begriff der Pflegekammer	383
2	Mitgliedschaft in der Pflegekammer	383
3	Aufgaben der Pflegekammer	384
4	Organe der Pflegekammer	386

Inhaltsverzeichnis

5	Berufspflichten	387
6	Weiterbildungsordnung	387
7	Pflegeberufegesetz	388
	7.1 Ausbildung	390
	7.1.1 1. und 2. Ausbildungsdrittel	392
	7.1.2 3. Ausbildungsdrittel	392
	7.1.3 Hochschulische Ausbildung	394
	7.2 Übergangsvorschriften	395
8	Fortbildung/Weiterbildung	395
	8.1 Aufgabe der Landespflegekammer in der Fortbildung am Beispiel Rheinland-Pfalz	396
	8.2 Fort- und Weiterbildung in den Versorgungsverträgen ambulante Pflege	397
	8.3 Fort- und Weiterbildung in den Versorgungsverträgen stationäre Pflege	398
	8.4 Fort- und Weiterbildung in den Versorgungsverträgen Krankenhaus	399
	8.5 Freiwillige Registrierung für Pflegekräfte	399
	8.6 Arbeitsrecht	400
IX	Ein Wort zu Versicherungen	401
	1 Einführung	401
	2 Makler oder Agent	401
	3 Beim Versicherungsantrag: Nichts Beschönigen oder Weg- lassen	403
	4 Die einzelnen Versicherungen	403
	4.1 (Berufs)Haftpflichtversicherung	403
	4.2 Rechtsschutzversicherung	404
	4.3 Berufsunfähigkeitsversicherung	406
	4.4 Private Unfallversicherung	408
	5 Selbständige und Freiberufler	409
X	Delegation ärztlicher Leistung – Einleitung	411
	1 Haftung bei Delegation	412
	2 Stellung des Delegierenden	413
	2.1 Auswahl des Delegationsempfängers	414
	2.2 Instruktionspflichten des Delegierenden	414
	2.3 Kontrolle der Durchführung	414
	2.4 Einwilligung durch den Patienten	415
	2.5 Dokumentation	415
	2.6 Einwendungen des Delegationsempfängers	416
	2.7 Delegationsfähige Leistung	416
	3 Haftung des Delegationsempfängers	416
	3.1 Beschwerde- oder Remonstrationspflicht	416

4	Haftung des Trägers	418
5	Arbeitsrechtlicher Kontext.	419
	5.1 Keine Arbeitsverweigerung.	419
	5.2 Haftung des Arbeitnehmers	419
6	Private Berufshaftpflichtversicherung für Pflegekräfte?	420
7	Zulässigkeit der Delegation	421
	7.1 Grund- und Behandlungspflege.	421
	7.2 Grundsätzlich nicht delegationsfähige Leistungen.	422
	7.2.1 Katalog der nicht delegationsfähigen ärztlichen Leistungen	422
	7.3 Assistenz durch Pflegefachpersonen	423
	7.4 Formale Qualifikation.	423
	7.5 Kompetenzbasierte Qualifikation	423
8	Übertragung der Heilkunde auf Pflegekräfte	424
	8.1 Übertragene Leistungen	427
	8.2 Bedingungen an Modellvorhaben	427
	<i>Literaturverzeichnis</i>	429
	<i>Stichwortverzeichnis</i>	439
	<i>Autorenverzeichnis</i>	445